



Cem Özdemir

Dr. Anton Hofreiter

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 18. April 2017

Cem Özdemir
Dr. Anton Hofreiter

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 18. April 2017

Vorab per Mail: poststelle@bk.bund.de

Runder Tisch zur Regelung der Nachrüstung von Dieselfahrzeugen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wie Sie wissen, ist die Luftqualität in vielen deutschen Städten schlecht und schadet den Menschen. Die Europäische Umweltagentur macht Stickoxide für den vorzeitigen Tod von 10.000 Menschen allein in Deutschland verantwortlich. Die Europäische Kommission hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland angestrengt, da effektive Gegenmaßnahmen auf Bundesebene bisher ausgeblieben sind und die von der EU vorgeschriebenen Grenzwerte in deutschen Städten seit mehreren Jahren in Folge immer wieder überschritten werden. Das wirft ein schlechtes Licht auf Ihre politische Durchsetzung des Gesundheitsschutzes in unserem Land. Wir fordern Sie dringend auf, endlich für die Schadstoffentlastung in unseren Städten zu sorgen.

Für die hohen Stickoxidzahlen sind in besonderem Maße die Abgase von Dieselfahrzeugen verantwortlich. Insbesondere bei niedrigen Temperaturen stoßen sie ein Vielfaches der eigentlich angegebenen Emissionen aus. Die Deutsche Umwelthilfe stellte vor wenigen Wochen selbst bei Euro-6-Fahrzeugen Überschreitungen fest, die bis zu 17,2-fach so hoch waren, wie die eigentlich festgeschriebenen Stickoxid-Grenzwerte. Dieselbe Untersuchung zeigt aber auch: Es geht auch anders. Eine Einhaltung der Grenzwerte für Stickoxid von 80mg pro Kilometer ist möglich! So stoßen zwei der getesteten Fahrzeuge, ein Mercedes E 200d der neuen Motorengeneration und ein Audi A 5 2.0 TDI im Realbetrieb nur knapp über 40mg NO_x aus.

Die massiven Überschreitungen der meisten Diesel-Pkw erschweren die Einhaltung der Grenzwerte für saubere Luft erheblich. Zahlreiche Kommunen wurden bereits auf Einhaltung der Grenzwerte verklagt. Diese Kommunen befinden sich jedoch in einem Dilemma: Ihr planerisches und rechtliches Instrumentarium reicht zurzeit nicht aus, um den Schadstoffgehalt in der Luft hinreichend zu senken. Momentan bleibt ihnen nur das Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge. Die Bundesregierung darf die Verantwortung für saubere Luft und die Gesundheit der

Menschen nicht auf die Kommunen abschieben. Betroffene Kommunen brauchen endlich ein geeignetes Instrument, um Diesel-Pkw mit überhöhtem Stickoxidausstoß gezielt aus gefährdeten Bereichen herauszuhalten.

Der Bund ist in der Pflicht, einheitliche Leitplanken aufzustellen. Handeln Sie nicht, trägt Ihre Bundesregierung die Verantwortung dafür, wenn quer durch Deutschland in den nächsten Jahren einen Flickenteppich an verschiedenen regionalen Einzelregelungen heranwächst. Autofahrerinnen und Autofahrer wollen zurecht verständliche Regeln, die bundesweit gelten. Die Automobilhersteller wiederum brauchen Planungssicherheit durch gültige Standards. Die Einführung der Blauen Plakette, die insbesondere von der Landesregierung Baden-Württemberg vorgeschlagen wird, darf daher nicht länger am Veto der Bundesregierung scheitern.

Zudem schaden die Überschreitungen der Glaubwürdigkeit der Industrie und den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die Fahrzeuge, die im Vertrauen auf Einhaltung der von den Herstellern angegebenen Emissionen gekauft wurden, müssen nachgerüstet werden. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist es aus unserer Sicht untragbar, dass ihre Autos allein durch falsche Herstellerangaben erheblich an Wert verlieren und möglicherweise aufgrund gerichtlich erzwungener Fahrverbote in zahlreiche Innenstädten künftig nicht mehr fahren dürfen.

Nicht zuletzt hat die Frage eines saubereren Dieselmotors eine industriepolitische Dimension. Arbeitsplätze im deutschen Automobilbau von Dieselfahrzeugen können bis zum Übergang in eine CO₂-freie Automobilität nur erhalten werden, wenn die Dieselfahrzeuge anspruchsvolle Grenzwerte zuverlässig einhalten; so wie auch jede Bürgerin und jeder Bürger Gesetze einzuhalten hat und die Gesundheit anderer nicht schädigen darf. Aus diesem Grund brauchen wir ein klares Bekenntnis zu Luftreinhalte und Gesundheitsschutz wie auch zur Zukunft der Automobilindustrie. Dazu gehört:

- dass die nach der EURO-5-Norm zugelassen Autos schnellstmöglich nachgerüstet werden. Hier müssen die Hersteller für die Kosten in die Verantwortung genommen werden,
- dass die Prüfkriterien schon jetzt auch für EURO-6- Fahrzeuge praxisnah sein müssen und messen, was die Fahrzeuge real auf der Straße an Ausstoß verursachen,
- dass die Nachrüstung auf Bundesebene koordiniert wird, denn nur so ist ein pragmatisches, effizientes und systematisches Vorgehen möglich.

Wir fordern Sie daher auf, schnellstmöglich einen Runden Tisch einzuberufen, um bis Ende Juni nicht nur mit den Herstellern, sondern auch mit Verbraucherschutzverbänden und Umweltverbänden und zuständigen Behörden eine praktikable und effektive Lösung für eine Nachrüstung der betroffenen Dieselfahrzeuge zu finden, die bundesweit gilt.

Mit freundlichen Grüßen

Cem Özdemir

Anton Hofreiter